

Kurz & bündig

Neues Hochschulgesetz

Im kommenden Jahr steht eine umfassende Überarbeitung des Hessischen Hochschulgesetzes an. Unbezahlte Lehre, Hochschulrat, professorale Mehrheit in den Gremien, Notendruck und verweigerter Masterplätze sind dabei nur besonders markante Defizite, die derzeit die Hochschullandschaft prägen und die das Gesetz abstellen könnte. Die GEW tritt bei der Novellierung deshalb für eine Demokratisierung der Hochschulen und gute Studien- und Arbeitsbedingungen ein.

Praxissemester

Ab diesem Semester müssen Lehramtsstudierende an verschiedenen hessischen Universitäten das „Praxissemester“ erproben. Bislang verteilte sich die praktische Erfahrung in verschiedenen Bereichen über das gesamte Studium. Nun sollen sie diese in einem der ersten vier Semester en bloc an einer Schule erwerben. Die GEW kritisiert das Praxissemester in der derzeitigen Form als Sparmaßnahme, die Schulen und Studierende überfordert und die Lehrer_innenausbildung verschlechtert.

Wohnraum

Auch zum neuen Wintersemester gilt: Der Wohnraum für Studierende ist knapp und teuer, das Wohnheimangebot ist schmal. Seit 2008 gibt es über 75.000 mehr Studierende an den hessischen Hochschulen, Tendenz steigend. Allein mit dieser Steigerung könnte das bestehende Wohnheimangebot mehr als sieben Mal gefüllt werden. 2000, das ist die Zahl der Wohnheimplätze, die die Landesregierung seit letztem Jahr zusätzlich unterstützen möchte. Wohnraum für stolze 2,6 Prozent der zusätzlichen Studierenden. Insgesamt steht für nicht einmal jede_n 25. Studierende_n ein Wohnheimplatz zur Verfügung.

Studienhonorar für alle statt Elitenförderung!

Mit der Neufassung des BAföG setzt sich der Trend fort: Breitenförderung nach Bedürftigkeit wird weiter abgebaut, während Elitenförderung nach Leistung zunimmt. Immer mehr Studierende haben Probleme ihr Leben zu finanzieren.

Ein neues Gesetz zur Ausbildungsförderung ist in der Mache: Das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, wird zum 25. Mal geändert. Jenes Gesetz also, das die Finanzierung eines Studiums sichern soll, wenn die Eltern das nicht können. Dringend nötig, denn schon lange sieht die Realität ganz anders aus: Fast zwei Drittel der Studierenden müssen zur Finanzierung ihres Vollzeitstudiums nebenher arbeiten, fast alle benötigen Geld von ihren Eltern, nicht mal ein Drittel bekommt eine Aufstockung vom Staat qua BAföG. Schon lange erreicht das BAföG nur noch einen Bruchteil derjenigen, die es benötigen.

Dies entspricht einem Trend, der sich schon länger abzeichnet: Statt dem Grundsatz einer ausreichenden Studienfinanzierung für alle zu folgen, orientiert sich die Förderung immer mehr an vermeintlicher Leistung oder sogenannter Begabung. Die kürzliche Erhöhung des Büchergeldes für Stipendiat_innen (auf pauschal 300 Euro im Monat) ist dafür ein Beispiel. Aber auch das, vom Rechnungshof als ineffizient gerügte, Deutschland-Stipendium. Diese Gelder sind staatlich und fließen bald alle aus dem selben viel zu kleinen Topf des Bundeshaushaltes.

Die Bundesregierung geht die Probleme kaum an: Hier ein paar Euro mehr gleichen die Inflation nicht einmal aus, geschweige denn explodierende Mieten. Dort ein bisschen höhere Freibeträge ändern nichts daran, dass viel zu wenige BAföG bekommen. Was jetzt ansteht, wird die Probleme der meisten, insbesondere derjenigen ohne akademischen Background, nicht verändern: Dass ihre Eltern gerade zu viel fürs BAföG verdienen, aber zu wenig, um ein Studium zu finanzieren.



Doch es geht nicht um Neiddebatte oder Elitenschelte, nicht darum denjenigen, die in den Genuss eines rückzahlungsfreien Stipendiums kommen, ihre Finanzierung streitig zu machen. Vielmehr gilt es, Bildung als individuelles Menschenrecht aller und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Das heißt, dass ein Studium weder von sozialer Herkunft abhängen darf, noch von in Zahlen messbarer Leistung. Entscheidend dafür sind gesicherte Wege der Studienfinanzierung, staatlich finanziert.

Deshalb haben sich Studierendenschaften, Verbände und Gewerkschaften zusammengeschlossen und starke konkrete Forderungen formuliert. Langfristig muss darüber hinaus für eine Weiterentwicklung des BAföG zu einem elternunabhängigen und rückzahlungsfreien Studienhonorar für alle Studierenden gekämpft werden, wie es die GEW schon lange fordert.

Informationen zum BAföG-Bündnis

■ www.bafogbuendnis.de

Die Prekarisierung der Hochschule

Aktuelle Problemfelder und Widerstandspotentiale an Hochschulen



„Mehr Autonomie für die deutschen Hochschulen!“ Diese Chiffre steht für Einsparpolitik und dafür, wie strukturelle Missstände individualisiert und von „autonomen Hochschulen“ bewältigt werden sollen. Über politische Instrumente etablierte sich die Logik von Wettbewerbs- und Marktregulierung immer weiter: Durch die Deregulierung der Hochschulgesetze, die faktisch rückläufige Grundfinanzierung und mehr projektgebundene Drittmittel. Entstanden ist eine Situation, die sich durch drei Problemfelder charakterisieren lässt.

Problemfeld 1: Forschung und Lehre basieren auf prekären, nicht planbaren Beschäftigungsverhältnissen mit einem hohen Maß an (in)formeller Abhängigkeit. Unbeachtet bleiben dabei oft die außertariflichen Beschäftigungsverhältnisse der Hilfskräfte, die unbezahlte Arbeit von Lehrbeauftragten, Stipendiat_innen und Privatdozent_innen sowie die Prekarisierung technisch und administrativer Mitarbeiter_innen. Getragen wird diese Situation trotz allen Wettbewerbs von einer Kultur der Schicksalsgemeinschaft und der damit verbundenen Mystifizierung der Hochschule als besonderem Arbeitsplatz, für den man gemacht oder im wahren Sinne des Wortes berufen sein müsse. Anders betrachtet handelt es sich um eine komplexe politische Ökonomie, die ein System post-fordistischer und

hoch-individualisierter Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse begründet.

Problemfeld 2: Die Hochschulreformen sind gekennzeichnet durch zunehmende Hierarchisierung und Entdemokratisierung. Die Übertragung von Autonomie beschränkt sich meist auf die Leitungsebene der Hochschulen, was in der Regel eine Schwächung der Selbstverwaltungsgremien bedeutet. Statt Demokratisierung und paritätische Einbindung aller Statusgruppen zu ermöglichen, wurden präsidiale Autokratien geschaffen, die sich, wie es der scheidende Präsident der Uni Frankfurt Müller-Esterl ausdrückte, „nicht hinter demokratischen Verfahrensweisen verstecken“ wollen. Die Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen sollen, gegenüber demokratischen Verfahrensweisen, effizienteres und effektiveres Handeln im Wettbewerb der Hochschulen um Wissenschaftler_innen, Gelder und Studierende ermöglichen.

Problemfeld 3: Eine verstärkte Entwicklung hin zu mehr Disziplinierung. So versuchte zum Beispiel die Leitung der TU Darmstadt Studierende zu verpflichten, der Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht zuzustimmen, wenn sie von einer Prüfung krankheitsbedingt zurücktreten mussten. Eine einfache Krankmeldung sollte nicht mehr akzeptiert werden. Auch die deutsche Interpretation des Bologna-Prozesses

kann als Maßnahme der Disziplinierung gelesen werden. Verkürzung und Strukturierung von Studiengängen sollen eine möglichst kurze Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen bewirken. Dabei steht Verwaltung und nicht Bildung der Studierenden im Vordergrund. Nur so können die Hochschulen die stetig steigende Zahl an (BA-)Studierenden durch das Studium schleusen. Dieses Vorgehen birgt die Gefahr auf Kosten der inhaltlichen und organisatorischen Selbstbestimmung des Studiums zu gehen. Studierende sollen ein erwartbares und mit den Studienordnungen konformes Verhalten an den Tag legen, damit der möglichst effiziente und kostengünstige Einsatz der Ressourcen Lehrkraft und Raum möglich wird.

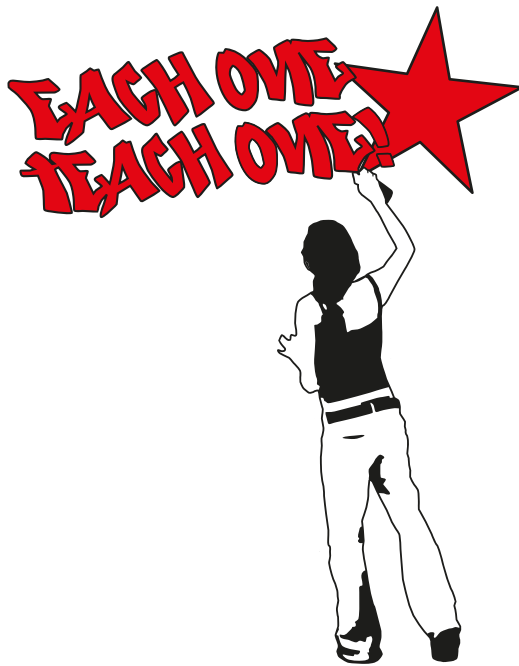
Im Kontext dieser Problemfelder gibt es auch immer wieder erfolgreichen Widerstand: So führte die GEW bundesweit an drei Hochschulen Organizing-Projekte durch, um einen höheren Organisationsgrad der Beschäftigten an Hochschulen zu erreichen. Auch gelingt es immer wieder rechtswidrig befristet Beschäftigten, vor Arbeitsgerichten Entfristungen zu erstreiten. Zudem erklärte das Bundesverfassungsgericht kürzlich die unternehmerische und autokratische Verfasstheit einer medizinischen Hochschule in Hamburg für verfassungswidrig. Hoffentlich ein Signal, an der umfassenden Demokratisierung der Mitbestimmungsstrukturen an den Hochschulen zu arbeiten. Auch hinsichtlich der Disziplinierung des Studiums zeigt sich, dass Engagement zu Erfolgen führen kann. So wurden die Regelungen zur Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht in Darmstadt auf Initiative des dortigen AstA zumindest vorläufig wieder zurückgenommen.

Das strategische Feld der Hochschulpolitik hat sich verändert: Adressatinnen für Wandel sind nicht mehr unmittelbar die Landesregierungen. Auseinandersetzungen verlagern sich an die einzelnen Hochschulen. Die skizzierten punktuellen und lokal begrenzten Veränderungen und Erfolge müssen Ansatz- und Orientierungspunkt sein, für die ergänzende solidarische Zusammenarbeit über einzelne Hochschulen und auch Statusgruppen hinweg. Zielrichtung: mehr Organisationsmacht und damit Handlungsfähigkeit.

Ein bisschen mehr Geld reicht nicht!

GEW-Studierende und Junge GEW wollen Schlechterstellung von „Frauenberufen“ und von „Frauen* im Beruf allgemein“ bekämpfen und (unter anderem dafür) politisch streiken dürfen.

Gewerkschaftspolitik nicht als engstirnige Klientelpolitik zu betreiben, das haben sich in Hessen die GEW-Studis



werden. Zum einen streben die beiden Personengruppen eine Änderung der Satzung an. Diese soll erreichen, dass die GEW Hessen es zu einem zentralen Ziel erklärt, Politischen Streik zu enttabuisieren und ihn als legitimes gewerkschaftliches Kampfmittel anzuerkennen. Zum zweiten soll sich die GEW – beginnend mit den Tarifverhandlungen 2015 – dafür einsetzen, die systematische Abwertung von weiblich konnotierten Berufsfeldern endlich zu beenden. Im Bildungsbereich betrifft dies vor allem die sozialpädagogischen Berufe sowie die Arbeit in Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Aufwertung einzelner Berufsgruppen ist dabei aber nur ein erster Schritt. Übergreifende Fragen sind zu stellen und zu bearbeiten, wie: Was ist Arbeit? Nur bezahlte Erwerbsarbeit? Oder auch unbezahlte Sorgearbeit? Politische und kulturelle Arbeit? Wie kommen wir zu mehr als ein bisschen mehr Geld? Zu gleichem, selbstbestimmten, solidarischem Leben und Arbeiten in gesellschaftlichem Kontext?

gemeinsam mit der Jungen GEW derzeit auf die Fahnen geschrieben. Dazu erarbeiten sie zwei Anträge für die Landesdelegiertenversammlung im November, wo die inhaltlichen Weichen für die nächsten Jahre gestellt

Ein zentrales Thema und ein wichtiges Mittel – Geschlechtliche Arbeitsteilung und Politischen Streik – setzen Studierende und Junge GEW damit auf die Agenda der GEW Hessen.

Terminankündigungen Wintersemester 2014/2015

■ 24. – 26. Oktober

Zivilklausel-Zukunftskongress, Hamburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW); www.akfriedenswissenschaft.de/zivilklauselkongress2014

■ 5. November | 14.30 Uhr

Hilfskraftvernetzung, Frankfurt, DGB-Haus

■ 11. November | 14.30 Uhr

Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen von Studierenden und der Jungen GEW (U35), Frankfurt, Haus Gallus

Anmeldung:

bloesel@gew-hessen.de

■ 28. – 30. November

Seminar „Studieren und dann promovieren“, Darmstadt, Geschäftsstelle des Bezirksverband Südhessen.

Anmeldung:

ankenbrand@gew-suedhessen.de

■ 13. Dezember | 10 – 17 Uhr

Studierendenvernetzung DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Frankfurt

Erfolgreiche Demo in Wiesbaden

#bildungsstreik14

„Nur wenn wir gemeinsam auf die Straße gehen, können wir Druck gegen das Kürzungsdiktat aufbauen.“

Mit diesem Satz hatte im April 2014 ein breites Bündnis zu Protesten aufgerufen. Auslöser für den erneuten Unmut über das Bildungssystem waren diesmal massive Kürzungen an Hochschulen im Osten der Republik. Aber auch an vielen anderen Standorten vermehrte sich die Unzufriedenheit über schlechte Arbeitsbedingungen, volle Seminare, große Klassen, miserable Gebäude und

fehlende Mitbestimmung. Diese Zustände öffentlich anzukreiden, erklärte das Bildungsstreikbündnis 2014 zum Ziel. Da es auch in Hessen nicht gut um die freie und emanzipatorische Bildung steht, gründete sich eine landesweite Vernetzung.

Die GEW-Hessen war von Anfang an dabei und unterstützte die landesweite Großdemo in Wiesbaden, zu der auch alle GEW-Mitglieder aufgerufen wurden. Das Bündnis aus Studierendenschaften, Landesschüler_innenver-

tretung, Landes-ASTen-Konferenz und Gewerkschaften mobilisierte kräftig für die Forderungen: Bessere Finanzierung, mehr Demokratie und weniger Selektion. Mit Erfolg: Am 25. Juni kamen rund 2500 Menschen nach Wiesbaden.

Hilfskraftvernetzung Hessen

Vernetzung der Hilfskraftinitiativen an hessischen Hochschulen

Hessens Hilfskräfte vernetzen sich

Knapp hundert Hilfskräfte versammelten sich Anfang Juni an der Uni Frankfurt. Sie wählten Referent_innen, die sich für die nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse einsetzen sollen. Was das konkret heißt, wurde in einem Forderungskatalog festgehalten: Unter anderem die Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards (wie z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), eine Erhöhung der seit 1993 im Wesentlichen unveränderten Löhne und eine Berücksichtigung in Personalvertretung und Tarifverhandlungen.

Die Frankfurter Hilfskraft-Initiative, die hinter diesen Aktivitäten steht, strebt gegenwärtig eine Zusammenarbeit mit

lokalen Gruppen von GEW und DGB an. So soll eine arbeitsrechtliche Beratung ins Leben gerufen werden, die regelmäßige Sprechstunden auch für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte anbietet. Darüber hinaus beteiligt sich die Initiative an der hessenweiten Vernetzung mit gewerkschaftlichen Gruppen und anderen Hilfskräfte-Zusammenschlüssen, um eine strategische Basis für die gemeinsame Forderung nach Aufnahme in die anstehenden Tarifverhandlungen zu schaffen.

www.hilfskraft-hessen.de



Dr. med., Dr. phil. – April, April?

Für Viele stellt sich gegen Ende des Studiums oder nach dem Studienabschluss die Frage, ob auch eine Promotion angestrebt werden soll. Der Doktor-Titel ist allerdings durch diverse Plagiatsaffären in ein zweifelhaftes Licht geraten. Dennoch bestehen weiterhin gute Gründe für die Promotion: Sie ist nicht nur Voraussetzung für eine wissenschaftliche Karriere, sie wird auch auf dem außeruniversitären Arbeitsmarkt honoriert.

Die Promotion besteht in der Regel aus einer schriftlichen Arbeit (Dissertation) sowie einer mündlichen Prüfung – Rigorosum oder Disputation genannt. Inzwischen ist oft alternativ eine kumulative Promotion möglich, die auf mehreren wissenschaftlichen Artikeln beruht. Eine Promotion soll einen relevanten Beitrag zur jeweiligen Disziplin leisten, daher muss sie in einer geeig-

neten Form veröffentlicht werden. Besonders häufig ist die Promotion in der Medizin und in der Chemie.

Leider gibt es keine verlässliche Promotions-Statistik. Daher lässt sich nur schätzen, dass nicht einmal jedes zweite Vorhaben erfolgreich abgeschlossen wird. Das dürfte nicht zuletzt auf schlechte Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, wie Zwangsteilzeit und Kurzzeitbefristung, zurückzuführen sein. Dass sich davon nur Wenige abschrecken lassen, liegt zumeist am ausgeprägten wissenschaftlichen Interesse für den Forschungsgegenstand. Die GEW setzt sich dennoch – oder gerade deswegen – für bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft ein. Daraus würden sich auch bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Promotion ergeben – ganz ohne copy and paste.



Wann, wenn nicht jetzt?

**Interessen vertreten und Bildung gestalten.
Der GEW beitreten und politisch aktiv sein!**

Online-Beitritt unter: www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

Deine Kontakte zur GEW

Landesstudierendensprecher_innen

Birthe Kleber, Matthias Schröder,
Philipp Kranemann, Lina Render,
Martin Wunderlich
studierende@gew-hessen.de

Kassel

Oliver Schmolinski
GEW-Studierende
c/o GEW RV Nordhessen
Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
oliver-schmolinski@gmx.de

Marburg

Matthias Schröder
c/o GEW-Hochschulgruppe
Erlenring 5, 35037 Marburg
studierende-marburg@gew-hessen.de

Gießen

Birthe Kleber
c/o GEW-Hochschulgruppe
studierende@gew-hessen.de

Frankfurt

Philipp Kranemann
GEW-Studierendengruppe Frankfurt
c/o GEW Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
gew-studis-frankfurt@gew-hessen.de

Darmstadt

Sebastian Ankenbrand
c/o GEW BV Südhessen
Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt
ankenbrand@gew-suedhessen.de

Jugendbildungsreferent Hessen

Tobias Cepok, GEW Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. (i.d.R. Mo + Do) 069-971293-26
Mobil: 0175-9337730
tcepok@gew-hessen.de

Impressum

GEW Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt

Mitwirkende

Sebastian Ankenbrand, Lukas Becker,
Valentin Dietrich, Paul Eisermann,
Roman George, Elke Hoefl,
Birthe Kleber, Anastassija Kostan,
Felix Silomon-Pflug, Matthias Schröder

Satz + Layout

Inge Weber, GEW Hessen

V.i.S.d.P.

Birthe Kleber, Referentin für Jugendbildung, GEW Hessen

Druck

Druckkollektiv Gießen

Auflage: 4.000

Frankfurt, Oktober 2014